

Schädel und Knochenreste

**In Bremen soll auf einem ehemaligen Friedhof eine Werkstatt entstehen. Doch dort finden sich noch Überreste sowjetischer Kriegsgefangener.
Von Othmara Glas**

Das Projekt ist umstritten, die Fronten sind verhärtet: In Bremen will der Senat auf dem Gelände des ehemaligen „Russenfriedhofs“ eine Bahnwerkstatt errichten. Doch dagegen gibt es seit längerem Proteste: Das Bremer Friedensforum und eine örtliche Bürgerinitiative wiesen darauf hin, dass dort noch die Überreste von fast 300 sowjetischen Kriegsgefangenen liegen könnten. Seit drei Monaten suchen Archäologen das Gelände ab – und haben bisher Knochenreste und fast zwei Dutzend Erkennungsmarken von Soldaten gefunden. Auch einen Schädel hätten sie geborgen, berichtet die Bremer Landesarchäologin Uta Halle im Gespräch mit der F.A.Z. Neun der Marken haben sie bereits Personen zuordnen können. In einer Datenbank des russischen Verteidigungsministeriums konnten Halle und ihr Team die Namen und Geburtsdaten finden. „Das sind neun Menschen, denen wir die Identität zurückgeben konnten.“

Halle geht der Fall nahe. Schon bei den Vorarbeiten zu den Ausgrabungen im Juli war sie überzeugt, dass sie noch menschliche Überreste finden. Sie hatte wochenlang Akten gewälzt und Karten studiert, bis sie sich sicher war, dass an den Hinweisen des Friedensforums und der Bürgerinitiative etwas dran ist. Denn außer einigen Historikern war man in der Stadt überzeugt, dass nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs alle Gebeine vom „Russenfriedhof“ auf einen Ehrenfriedhof umgebettet worden seien. „Nun müssen wir feststellen, dass die Exhumierung unvollständig war“, sagt Halle. Im Bremer Stadtteil Oslebshausen gab es von 1941 bis 1945 mehrere Arbeitslager für Kriegsgefangene. Vor allem in der Anfangszeit starben viele von ihnen schon nach wenigen Wochen an Erschöpfung oder Krankheiten. Der Friedhof befand sich zwischen den Baracken und den Arbeitsstätten am Industriehafen. „Die Gefangenen mussten jeden Tag daran vorbeigehen“, berichtete Halle im Juli. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag die Fläche teils brach, einige kleinere Firmen siedelten sich dort an.

Für den rot-grün-roten Senat wäre das Gebiet eigentlich ideal, um dort eine Bahnwerkstatt zu bauen. Den Zuschlag dafür hat das französische Bahnunternehmen Alstom bekommen, das Bremen und Bremerhaven besser an den Nord-

westen Niedersachsens anbinden soll. Im Senat hofft man auf 100 neue Arbeitsplätze. Doch im Stadtteil gibt es schon seit Jahren Widerstand gegen die Pläne. Der Sprecher des Friedensforums, Ekkehard Lentz, fordert, die Fläche als völkerrechtlich geschützte Kriegsgräberstätte anzuerkennen, die Planungen sofort zu stoppen und eine Gedenkstätte zu errichten. Das Thema ist auch deshalb von Bedeutung, weil es um das Gedenken an sowjetische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter geht.

Während des Vernichtungskriegs der Nationalsozialisten im Osten Europas kamen Millionen ums Leben, deren Leid jedoch „nicht so tief in unser kollektives Gedächtnis eingebrannt“ sei, wie es „unsere Verantwortung“ forderte, mahnte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier dieses Jahr anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls auf die Sowjetunion. Lentz wirft dem Senat vor, diese Verantwortung zu ignorieren. Dieser will erst einmal die endgültigen Ergebnisse der Grabungen abwarten. Ursprünglich war dafür nur ein halbes Jahr vorgesehen. Nach den jetzigen Funden werde man vermutlich länger brauchen, sagt Halle. Sie betont aber auch, dass es vonseiten der Stadt keinerlei Zeitdruck gebe. „Wir sind fertig, wenn wir fertig sind.“ Über den Verbleib der Funde ist Bremen bereits im Gespräch mit der Ukraine und Russland. Erst am Montag besuchten Vertreter der russischen Botschaft die Ausgrabungsstätte.